

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 01/020/2018

Kreistag am 17.12.2018

<b>Zu Punkt 23: Übertragung von Kreistagssitzungen hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 12.11.2018</b>
---

KA Dr. Pannes erläutert die Hintergründe des Antrags und weist explizit darauf hin, dass es sich zunächst um einen Prüfauftrag handele. Zusätzlich zu dem positiven Nebeneffekt, dass durch die Aufnahme von Sitzungen auch ein Archiv entstehe, erhöhe es die Transparenz für die Öffentlichkeit. Bisher sei die Möglichkeit der Teilnahme an den Sitzungen zwar theoretisch gegeben, aufgrund des frühen Sitzungsbeginns für viele Bürgerinnen und Bürger jedoch kaum realisierbar.

Zu den Kosten erläutert KA Dr. Pannes entsprechend der von ihr eingeholten Expertenmeinung, dass diese nicht zwingend zwischen 3.000 € und 6.000 € pro Sitzung liegen müssten, sondern bereits rund 1.000 € pro Sitzung ausreichen würden. Der Prüfauftrag würde die Evaluation der erforderlichen finanziellen Mittel enthalten. In Bezug auf die Aussage, dass die Ausgaben im Verhältnis zu der erwarteten Wahrnehmung des Angebots zu hoch seien, wirft sie die Frage auf, ab welchem Betrag sich die Umsetzung denn lohne.

KA Lessing spricht sich ebenfalls für den Antrag aus. Neben der erhöhten Transparenz begrüßt er, dass auf diese Weise mehr Bürgerinnen und Bürger partizipieren könnten als bisher an den Sitzungen vor Ort teilnehmen. Häufig werde beklagt, dass Kreise zu wenig wahrgenommen werden. Die Übertragung von Sitzungen könne diesem Umstand entgegenwirken. Die Nutzung des Rechts auf Unkenntlichkeit könne er nicht nachvollziehen, da er als öffentlicher Vertreter gewählt wurde und ebenso öffentlich als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger fungieren möchte. Auch die Beratungen nachträglich nachvollziehen zu können, sei ein erheblicher Vorteil. Seine Fraktion werde dem Antrag daher zustimmen.

KA Garcia-Rodriguez bedankt sich für den Antrag, dem sie ebenfalls zustimmen werde.

KA Kuchler teilt mit, dass ihrerseits noch viele offene Fragen zu den Kosten und dem konkreten Ablauf in den einzelnen Sitzungen bestehen. Es müsse gewährleistet werden, dass auch eine lebhaftere Diskussion im Saal und nicht nur eine Aufzeichnung des Rednerpults wiedergegeben werde. Neben den Kosten für die erforderliche Technik wäre ebenfalls zu beraten, inwieweit zusätzliche personelle Kapazitäten benötigt würden. Weiterhin müssten Sicherheitsfragen und rechtliche Probleme geklärt werden. Die Fraktion DIE LINKE. werde dem Antrag vor dem Hintergrund der ungeklärten Fragestellungen nicht zustimmen.

KA Küppers berichtet aus seiner eigenen Erfahrung, dass eine Umsetzung auch kostengünstig erfolgen könne. Er bittet die Fraktionen, für den Prüfauftrag zu stimmen, um die tatsächliche Entscheidung über eine Übertragung basierend auf einer dann vorliegenden Grundlage treffen zu können. Neben der Übertragung der langandauernden Sitzungen bestünde ebenfalls die Möglichkeit, einen kurzen Zusammenschritt zu erstellen, der anschließend über die sozialen Medien verbreitet werden könne. Skeptisch sei allerdings auch er, ob das Angebot einer Sitzungsübertragung überhaupt auf großes Interesse stoßen werde.

KA Köster-Flashar spricht sich ebenfalls für den Antrag aus. Beim Landschaftsverband werde es bereits praktiziert, Sitzungen aufzuzeichnen. Zwecks Umsetzung könne Kontakt zu bereits übertragenden Institutionen aufgenommen werden. Sie weist insbesondere auf die Podcasts der Bezirksregierung hin. Es handele sich hierbei um einen Weg, Politik verstärkt in der Öffentlichkeit zu vermitteln.

KA Schulte hält die Ziffer 1 des Antrags für nicht beschließbar, da es hier um ein individuelles Recht eines jeden Abgeordneten ginge. Er regt an, vor dem Erteilen von Prüfaufträgen an die Verwaltung zunächst konkret festzulegen, was mit welchem Ziel geprüft werden soll. Grundsätzlich unterstütze er die Erhöhung von Transparenz und sei bereit, die hierfür erforderlichen Mittel auszugeben, kritisch sehe er hier aber das Verhältnis von Aufwand und Nutzen. Vor Beauftragung der Verwaltung empfehle er eine intensive Abstimmung dieser Thematik in der Interfraktionellen Runde und eine Vertagung der Beratungen.

KA Völker erläutert, dass die Thematik der Schaffung von Transparenz sehr viel komplexer sei als in dem Antrag dargestellt. Die Kreisaufgaben seien prinzipiell wenig geeignet für Debatten mit großem Bürgerinteresse. Auch die CDU habe hinsichtlich der Praxiserfahrungen anderer Kommunen recherchiert, was die Skepsis verstärkt habe. Er kündigt an, dass auch die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde.

KA Ruppert erklärt, dass bewusst ein Prüfauftrag gestellt wurde, um genau die noch zahlreichen offenen Fragestellungen klären zu können. Seiner Meinung nach passe der Antrag zu der vorangegangenen Diskussion, da nicht das Ziel, nämlich die Schaffung von Transparenz, in Frage stehe, sondern lediglich der Weg, um dieses Ziel erreichen zu können. Er appelliert, dem Prüfauftrag zuzustimmen, um die Entscheidung in der Sache an sich in einem zweiten Schritt fundierter treffen zu können.

KA Wladarz zeigt sich überrascht über die grundsätzlich stattfindenden Diskussionen, während die Digitalisierung in anderen Ländern bereits sehr viel fortschrittlicher laufe. Ein Problem mit der Übertragung seiner Person sehe er nicht, da er als gewählter Vertreter auch während der Sitzung öffentlich sichtbar sein dürfe. Da er in Ratingen bereits für die Übertragung von Sitzungen gestimmt hat, werde er im Kreistag analog verfahren.

Aufgrund der Einschätzung von KA Schulte sowie auf Nachfrage von KA Küchler zieht die FDP-Fraktion Ziffer 1 des Antrags zurück und erhält Ziffer 2 aufrecht.

Landrat Hendele erläutert, dass auch er den Antrag ablehnen werde. Er gibt zu bedenken, dass die zahlreichen Prüfaufträge des Kreistages und seiner Gremien zu einer enormen Belastung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter führen und benennt entsprechende Beispiele. In Bezug auf die grundsätzliche Verstärkung der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit weist er auf den aktuell anstehenden Ausbau der Social-Media-Aktivitäten des Kreises hin.

Es folgt die Abstimmung über den folgenden

### **Beschluss:**

Die Verwaltung möge prüfen und in einer Vorlage darstellen

- wie die freiwillige Selbstverpflichtung des Kreistags rechtlich umzusetzen ist,
- wie die Einbindung in den Internet-Auftritt des Kreises und in das Kreistagsinformationssystem gestaltet werden könnte,
- wie die technische Umsetzung mit dem geringstmöglichen Kostenaufwand zu realisieren ist.

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

32 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
1 Ja-Stimme CDU-Fraktion  
20 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
8 Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  
4 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
3 Nein-Stimmen UWG-ME  
3 Ja-Stimmen DIE LINKE  
2 Ja-Stimmen Gruppe PIRATEN  
1 Nein-Stimme KA Schneider  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele